

Die Welt in der Wachstumsfalle

Die organisierte Verantwortungslosigkeit

Spätestens seit der Veröffentlichung des 4. Sachstandsberichts des Weltklimarates (IPCC) im Jahr 2007 ist klar, dass nicht weniger als das Schicksal von Hunderten von Millionen Menschen, die von der Erderwärmung schon in den nächsten Jahrzehnten unmittelbar bedroht sein werden, auf dem Spiel steht. Die Warnung, dass wir wahrscheinlich bis zum Ende des 21. Jahrhunderts mit einer globalen Erwärmung von 2,5 bis 3 Grad Celsius rechnen müssen, steht unverändert seit Mitte der 1980er Jahre. Doch wir können nicht sagen, dass die Weltgemeinschaft die Zeichen der Zeit erkannt hat. Wahrscheinlich müssen wir sagen: Es war eine Zeit der Verantwortungslosigkeit und des Versagens.

Zuerst sind die betroffenen und werden weiterhin betroffen sein, die sich weniger als die starken Industriestaaten wehren und ihre Interessen durchsetzen können: die Inselstaaten im Pazifik, große Teile Afrikas und weite Küstenzonen und Flussdeltas, meist Regionen, wo der ärmsten Menschen der jeweiligen Region leben. Mittelbar wird von den Folgen des anthropogenen Klimawandels natürlich die ganze Erde betroffen sein. Gewaltige Migrationsströme, soziale Ungleichheit und politische Spannungen werden verstärkt, ja sogar Klimakriege werden denkbar.

Ende jeden Jahres passiert dasselbe: Die UN-Klimakonferenzen werden zum Last Exit hochgeschrieben, um eine sonst nicht mehr zu beherrschende Katastrophe abzuwenden. Dabei werden die Anforderungen schon zurückgeschraubt. Im Zentrum der Verhandlungen steht längst nicht die Verhinderung einer Klimakatastrophe, dieses Ziel wäre vor zwei Jahrzehnten vielleicht noch möglich gewesen. Seitdem hat sich der Schwerpunkt der Debatte immer mehr auf die Anpassung an den Klimawandel verlagert. Heute geht es, was als großer Durchbruch gefeiert wird, um die Begrenzung der globalen Erwärmung auf Zwei-Grad-Celsius. Die Hauptverursacher des Klimawandels sorgen dafür, dass weitergehende Ziele nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. In Wahrheit bedeutet das Zwei-Grad-Ziel schon ein Versagen der Politik. Die ärmsten Länder werden dem Niedergang geopfert, im Kern den Wachstums- und Wirtschaftsinteressen der reichen Staaten und den herrschenden Schichten.

Die Intervention des kleinen Inselstaates Tuvalu auf der Klimakonferenz in Kopenhagen und die Reaktion darauf machten die Verlogenheit der selbsternannten Weltenretter deutlich. Eine Folge des Klimawandels ist der Anstieg des Meeresspiegels. Seit 2001 wissen wir, dass Tuvalu, das kleine Inselreich in der Südsee, das nur knapp über dem Meeresspiegel liegt, unterzugehen droht. Der pazifische Ozean ist durch den Klimawandel bisher »nur« um etwas mehr als 25 Zentimeter angestiegen, aber diese Durchschnittszahl allein sagt zu wenig

über die Extremwerte aus, die in den Wintermonaten deutlich mehr als ein Meter betragen und dann die 9.000 Menschen bedrohen, die auf der Insel leben.

Tuvalu, das zwischen Australien und Hawaii liegt, ist der viertkleinste von den Vereinten Nationen anerkannte Staat. Durch die Erosion der Strände müssen die Menschen gegen Überflutungen kämpfen. Sie suchen bereits eine neue Heimat, viele sind schon nach Neuseeland übergesiedelt. Eigentlich wollen sie die Insel nicht verlassen, sondern erwarten Hilfe von der



Weltgemeinschaft. Deshalb reist Umweltminister Taufa Teii seit Jahren von einer Klimakonferenz zur anderen und ruft die Teilnehmer auf, endlich mehr gegen den Klimawandel zu tun. Tatsächlich bedeutet das Zwei-Grad-Ziel für Tuvalu schon das Ende.

Die UN-Klimagipfel bleiben weit hinter dem zurück, was zum Schutz der Erde notwendig ist. Eine Regierung versteckt sich hinter der anderen. Gespielt wird Schwarzer Peter, was bedeutet: Die Katastrophe kommt, so dass die Einschnitte zum Schutz des Klimas immer tiefer werden, je länger wir warten. Langsam wird der Kern für das Versagen deutlich: Wir müssen den Widerspruch zwischen Wissen und Handeln beenden, aber das heißt: Die Abhängigkeit der Staaten vom Wachstum.

Die öffentliche Debatte über den anthropogenen Klimawandel begann 1987. Die Deutsche Physikalische und die Deutsche Meteorologische Gesellschaft warnten in einem eindringlichen Appell vor einer massiven Erderwärmung durch die Verbrennung von Öl, Gas und Kohle, durch eine industrialisierte Landwirtschaft, die Abholzung der Wälder, das Leerfischen der Meere, die Degradierung der Böden und Chemikalien, die alle zusammen

die Chemie und Dynamik in der unteren Lufthülle so verändern, dass die Aufheizung der Troposphäre Wetter und Klima aus dem Lot bringt.

Anfangs war der Deutsche Bundestag mit seinen Konzepten und Empfehlungen national und weltweit Vorreiter beim Klimaschutz. Doch getan hat sich wenig getan. Allein im letzten Jahrzehnt haben sich die Kohlendioxidemissionen um ein Drittel erhöht. Nur wenige Länder können eine Reduktion der Treibhausgase vorweisen. Dadurch ist der Anstieg um anderthalb Grad Celsius, der vom Bundestag 1991 als Erwärmungsobergrenze festgelegt worden war, nicht mehr zu verhindern, denn ein großer Teil der Zukunft ist bereits im »Klimasystem« gespeichert.

Eine Erwärmung um zwei Grad Celsius hätte für die Erde gravierende Folgen. In Lateinamerika gefährdete sie die Energie- und Trinkwasserbereitstellung von fast 100 Millionen Menschen. In Asien zwängen die Folgen rund 250 Millionen Menschen zur Umsiedelung, die von Hochwasser und ansteigendem Meeresspiegel bedroht wären. In Afrika drohe eine Halbierung der schon heute viel zu geringen Nahrungsmittel. In Europa liefe das Regime großer Flüsse wie Rhein oder Rhone aus dem Ruder, im Frühjahr immer häufiger Hochwasser und im Sommer extremes Niedrigwasser. Doch gehandelt wird scheinbar erst, wenn die Katastrophe da ist. Doch das geht nicht, denn:

- Vom Klimawandel ist die Erde – wenn auch regional unterschiedlich – als Ganze betroffen. Das ist allein eine Frage der Zeit. Direkt oder indirekt wird jeder die Folgen zu spüren bekommen. Eine zweite Erde gibt es nicht.

- Der Klimawandel hat einen Vorlauf von rund fünf Jahrzehnten. Was wir heute spüren, sind die Treibhausgaskonzentrationen der siebziger Jahre. Ein weiterer Temperaturanstieg kann nicht mehr verhindert werden, sondern nur noch durch massive Aufforstungsprogramme und eine Stabilisierung der Senken verlangsamt werden.

Gegenwärtig wirtschaftet und konsumiert die Menschheit so, dass die globale Mitteltemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts wahrscheinlich um drei Grad ansteigen wird. Wenn ein Extremszenario eintritt, kann es sogar zu einer globalen Erwärmung bis zu 6,4 Grad Celsius kommen, das wäre eine unvorstellbare Katastrophe.

Viel Zeit wurde vertan

Der Deutsche Bundestag hatte bereits 1991 konkrete nationale, europäische und globale Szenarien vorgeschlagen, die in Deutschland – was mit unzähligen umfangreichen Studien belegt wurde – die Treibhausgase um 33,7 Prozent bis zum Jahr 2005 reduziert und gleichzeitig den Ausstieg aus der Atomenergie ermöglicht hätten. Der einstimmig Beschluss hieß, dass zum Schutz der Erdatmosphäre nicht der Austausch der Brennstoffe – zum Beispiel Kohle durch Atom – notwendig sei, son-

dern der Umbau der Energiesystems zu einer möglichst dezentralen Vernetzung von Effizienztechniken und erneuerbaren Energien.

Doch die 1990er Jahre und das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts waren verlorene Jahrzehnte, obwohl 1992 der Erdgipfel in Rio ehrgeizige Klimaschutzziele beschlossen hat. Sie blieben folgenlos. Nach dem Zusammenbruch der zweigeteilten Welt war das Thema weg. Es triumphierte eine Siegermentalität, der Westen hatte gewonnen, warum dann den Aufbau Ost mit dem Umbau West miteinander verbinden? Die Umweltministerin damals hieß übrigens Angela Merkel.

Und heute: Die EU ist zerstritten. Auch unser Land, das wirtschaftlich stärkste in der EU, hat selbst nicht die Bereitschaft und scheinbar auch nicht die Kraft, die Gemeinschaft auf eine einheitliche Linie zu bringen. Was soll erst global erreicht werden – in Paris auf der nächsten UN-Klimakonferenz, für die die rhetorische Dosis gesteigert wird. Die USA haben sich verbal bewegt, aber im Land gibt es noch immer starke Kräfte, die jeden Klimaschutz bremsen.

Die großen Schwellenländer lehnen ein verbindliches Abkommen ab. Dabei gibt es zwei große Einschnitte von großer Tragweite: Erstens emittieren die Schwellen- und Entwicklungsländer heute mehr Kohlendioxid als die Industriestaaten, während bis 1990 noch 74 Prozent auf sie entfielen. Zweitens ist China heute der größte Emittent der Welt.

Der Klimaschutz braucht Vorreiter und mutige Pioniere. Es muss ein Land anfangen, damit andere Staaten unter Legitimationsdruck gesetzt werden. Das deutsche Gesetz über die erneuerbaren Energien zeigt, dass das möglich ist.

Deshalb ist vor allem die Politik gefordert, zu Umbau und Demokratisierung der Wirtschaft zu kommen. Der Klimaschutz braucht eine »Dreierstrategie«: Vorbildrollen von Staaten, eine ökologische Modernisierung von Wirtschaftsregionen mit ehrgeizigen Zielen und internationale Abkommen, wo immer sie möglich sind.

Das schlechte Spiel um Schein und Sein

Angela Merkel lässt sich gerne als »Klimakanzlerin« feiern. Aber wenn es ernst wird, verbleibt sie in unbestimmter Weichheit. Sie bremst sogar – bei den Autoemissionen, bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, beim Kohleausstieg. Wann hat Angela Merkel einen Vorschlag zur Öko-Steuer gemacht? Wo bleibt das deutsche Klimaschutzgesetz? Doch das Klimasystem lässt sich nicht täuschen, es reagiert mit aller Härte der Naturgesetze.

Was ist zu tun?

Die Bundesregierung muss eine aktivere Rolle bei den Klimaverhandlungen einnehmen. Die Europäische Union muss unkonditioniert eine CO₂-Reduktion um mindestens 30 Prozent bis zum Jahr 2020 verfolgen.



Flüchtlingslager in Äthiopien

flickr/UN Photo, Eskinder Debebe

Notwendig sind eigenständige Protokolle für den Schutz der großen Klimasenken Meere, Böden, Auen, Moore und Wälder.

Unbedingt notwendig ist ein Wald- und Naturschutzprotokoll. Schon heute macht die Zerstörung der Natur einen Anteil von rund 20 Prozent der Treibhausgasemissionen aus. Und auch ein globaler Finanzierungsmechanismus, ohne dabei die entwicklungspolitischen Kernaufgaben einzuschränken.

Global ist eine völkerrechtlich bindende Treibhausgasreduktion um 50 Prozent bis zum Jahr 2050 erforderlich, die Verringerung in den Industriestaaten muss 90 Prozent ausmachen. Eine Reform der Vereinten Nationen muss Institutionen zur Durchsetzung der globalen Nachhaltigkeit entwickeln.

Die nationalen Wachstumsinteressen sind stärker als die globale Verantwortung. Von UN-Konferenzen ist wenig zu erwarten. Von daher braucht der Klimaschutz

einen Plan, der die Demokratisierung der Wirtschaft ebenso einbezieht wie die Verwirklichung von Klimagerechtigkeit, d. h. mehr Umverteilung zugunsten der Armen in den Gesellschaften wie in der Welt. Und da muss Europa vorangehen.

Der Pabst hat in seiner neuen Enzyklika zwar spät für die katholische Kirche, aber richtig in der Sache den Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und Bewahrung der Natur deutlich gemacht. Wenn das zur Grundlage der UN-Klimakonferenz gemacht wird, wäre das ein Schritt nach vorne. Aber es muss vor allem die Aufgabe der politischen Linken sein, auch den Zusammenhang zwischen Klimagerechtigkeit und der Reform der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgezeigt werden. Das ist überfällig, denn allzu oft wird Ökologie als eine «wertneutrale» Frage angesehen. Ist sie aber nicht, denn es wird eine friedliche und gerechte Zukunft nur geben, wenn die heutige ökonomische Verwertungsmaschinerie, der Finanzkapitalismus und die Wachstumsfixierung überwunden werden.